

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

13.5.1930 (No. 111)



## Die Berliner Skandale

**Die Provisionen in den Affären Busch und Kas**  
Zu Nachrichten, daß zum Fall des früheren Stadtrats Paul Busch jetzt wieder neues Belastungsmaterial gefunden worden ist, weiß eine Berliner Korrespondenz zu berichten:  
Bei einer der letzten Hausfuchungen fand man zwei Quittungen über 150 000 und 200 000 M., auf denen der Name des Holländers, Lutti stand. Die Quittungen lauteten über Beträge, die der so häufig genannte Geschäftsfreund Busch, von Frau v. Brandis erhalten hatte. Frau v. Brandis hatte das Gut Neu-Gladow an die Stadt Berlin zum Preise von 11,6 Millionen Reichsmark verkauft. An dem Verkauf Neu-Gladows war ein ganzer Kreis von Raskern beteiligt. Busch hatte es verstanden, Frau v. Brandis gegenüber als den eigentlichen Vermittler seinen holländischen Geschäftsfreund Lutti hinzustellen, an den Frau v. Brandis dann in gutem Glauben eine Provision von zirka 3 Proz. auszahlte, ohne zu ahnen, daß Lutti eigentlich nur der Kassierer des Grundstücksbelegers der Stadt Berlin war. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, daß die 350 000 M. ebenso wie die 70 000 M., die Busch aus einem anderen Geschäft „verdient“ hatte, durch Lutti im Auslande für Busch angelegt worden sind. Man hat also bisher festgestellt, daß Busch an zwei Ankäufen der Stadt Berlin rund 420 000 M. für sich verdient hat.  
Auch gegen Stadtrat Kas wird trotz der Untersuchung des Oberregierungsrates Tapolsti die Ermittlung von der Staatsanwaltschaft weitergeführt.

W.D. Berlin, 13. Mai. (Priv.-Tel.). Die gestrigen Vernehmungen des Stadtrats Busch haben die Untersuchung bedeutend gefördert. Der Verkauf von Neu-Gladow wird sich, der „B.“ zufolge, soweit klären lassen, daß nicht die Vernehmung Luttis, des holländischen Geschäftsfreundes von Busch, notwendig ist. Lutti wird aus guten Gründen einer Ladung nach Berlin nicht Folge leisten. Inzwischen hat das Finanzamt die Pfändung bei Stadtrat Busch durchführen lassen, die sich auf die Veräußerung von 5 Millionen Reichsmark Verdienst an Grundstücksverträgen bezieht. Bei einem Einkommen von 5 Millionen Reichsmark aus diversen Grundstücksverträgen wären 40 Prozent, also 2 Millionen, als Einkommensteuer fällig gewesen. Das Finanzamt hat nun für diesen Betrag Pfändung vornehmen lassen.

### Abwehrfront gegen die Warenhaussteuer

Der Streit um die Abwälzung der Warenhaussteuer auf die Lieferanten — die von den Warenhäusern als unerlässlich, von den Fabrikanten als untragbar bezeichnet wurde — ist, wie die „B.“ berichtet, durch einen „Waffenstillstand“ beendet worden. Die Warenhäuser haben sich mit ihren Lieferanten zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die Warenhaussteuer zusammengefunden.

Der Reichsverband der deutschen Industrie, der Reichsverband des deutschen Groß- und Überseehandels, der Deutsche Industrie- und Handelsrat sowie der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser verpflichteten sich, für schnellste Abschaffung der Warenhaussteuer möglichst noch in der gegenwärtigen Reichstagsession mit allen Mitteln einzutreten. Die Verbände werden außerdem mit allen Mitteln darauf wirken, daß in dem kommenden Steuerbereinigungsgesetz den Ländern und Gemeinden jede Sonderbelastung einzelner Betriebsgrößen und Betriebsformen, wie Thüringen sie vorgenommen hat, unterjagt wird.

### Zur Einschränkung des Zugabewesens

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat in einem Gutachten über das Zugabewesen von einem radikalen Verbot der Zugabekaufe abgeraten, dagegen ein Verbot der Ankündigung von Zugaben empfohlen. Er schlägt ferner eine gesetzliche Bestimmung vor, wonach die Zugaben gemäßen Geschäftes auf Verlangen des Käufers an Stelle der gegenständlichen Zugabe einleiten von vornherein zu bezeichnenden Wertbetrag auszuweisen müssen. Auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb sollten die Gerichte einschreiten, wenn die Zugabe nur gegen Ablieferung allzu zahlreicher Gutscheine veranlaßt, oder eine allzu knappe Frist dafür gestellt werde.

### 4%ige Mietssteigerung in Preußen

Die interfraktionelle Sitzung der Regierungsparteien im Reichstagen Landtag am Samstagmittag führte zu dem Ergebnis, daß der Vorschlag des Finanzministers zur Deckung des Staatsdefizits grundsätzliche Annahme fand. Die Grundvermögenssteuer wird also wahrscheinlich vom 1. Juli an verdoppelt werden. Für den leistungsschwachen Hausbesitz werden Milderungen eingefügt. Diese sollen denjenigen Hausbesitzern zugute kommen, die in ihrem eigenen Hause wohnen oder gewerbliche Räume benutzen. Auch für Wohnungen, die ohne Schuld des Hausbesitzers leer stehen, sollen diese Milderungen eintreten. Der Umfang der Erleichterungen wird nach Ortsklassen gestaffelt. Die Neuregelung wird sich in einer vierprozentigen Erhöhung der gesetzlichen Miete auswirken.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten ist gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Göttsche Anklage erhoben worden, nachdem der Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt hat. Es handelt sich um den Artikel „Lebt Hindenburg noch?“, und um die Zeichnung „Und der Retter sieht zu!“ in Nr. 65 des „Angriff“ vom 29. Dezember 1929.

Das Kraftfahrwesen der Reichspost. Die deutsche Reichspost ist zur Zeit das größte Kraftfahrunternehmen Deutschlands. Sie hat gegenwärtig 9089 Kraftfahrzeuge im Betrieb, darunter 8298 Kraftomnibusse, die nur der Personenbeförderung dienen. Das Kraftpostnetz umfaßt am 1. April 1929 1963 Linien mit 37 178 km Streckenlänge, auf denen im abgelaufenen Rechnungsjahr 68,8 Millionen Personen befördert wurden.

Die Zentralisierung des Münchener Hauptbahnhofs ist nun vollkommen durchgeführt. Sämtliche 16 Gleise der Haupthalle und je acht des Starnberger und des Holzschirner Bahnhofs, die die Bildung von insgesamt 126 Fahrstraßen ermöglichen, sind mit den dazugehörigen Signalen und Weichen über zehn neue Befehls- u. Weichenstellwerke elektrisch in zwangsläufige gegenseitige Abhängigkeit gebracht. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 2,5 Millionen Reichsmark; durch sie ist unter Berücksichtigung des menschlichen Fehlers und der neuesten technischen Vervollkommnungen alles getan, was zur Sicherung des Zugverkehrs in den großen Bahnhöfen zur Zeit üblich ist.

Bei einem Zusammenstoß in Stargard wurde in den Nachtstunden des Sonntag ein Trupp Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen. Hierbei wurde der 31 Jahre alte Nationalsozialist Franz Engel durch einen Revolverbeschuss in den Hinterkopf getötet. Der Kommunistenführer Kollermann aus Stargard wurde als der Tat verdächtig in Haft genommen.

## Die Ratstagung in Genf

### Dr. Curtius über die Zollfriedenskonferenz

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundesrates am Montag begann mit der Berichterstattung über die Konvention zur Stabilisierung der europäischen Handelsbeziehungen, wie sie aus den Beratungen der sogenannten Zollfriedenskonferenz hervorgegangen ist.

Außenminister Dr. Curtius erläuterte den Bericht, der darin gipfelte, daß, wenn sich auch der ursprünglich geplante Zollfrieden nicht habe erreichen lassen, doch die Anerkennung der Wechselwirkung der internationalen Handelspolitik durch eine internationale Konvention eine erste Etappe auf dem Wege zu der geplanten gemeinsamen Wirtschaftsaktion des Völkerbundes darstelle. Der Bericht wurde einstimmig genehmigt, nachdem Reichsaussenminister Dr. Curtius die englische Anregung zur Annahme empfohlen hatte, auch die außerhalb der Konvention stehenden Staaten zu den künftigen Verhandlungen heranzuziehen.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde auf Antrag der Vertreter Ungarns und Rumäniens beschlossen, den Öpantentstreit endgültig von der Tagesordnung abzusetzen unter Vorbehalt der Ratifikation des Pariser Abkommens zur Regelung der Reparationen. Außerdem beschloß der Rat, die Abschaffung der Finanzkontrolle über Ungarn, die ebenfalls eine Folge der Regelung der Reparationen ist, auf seine gegenwärtige Tagesordnung zu setzen.

### Zweite öffentliche Sitzung

W.D. Genf, 13. Mai. (Tel.). Der Völkerbundesrat ist heute vormittag um 12 Uhr zu seiner zweiten öffentlichen Sitzung zusammengetreten, deren Tagesordnung rein geschäftsmäßigen Charakter hat.

### Konstituierung der V.B.

In der ersten Sitzung des Verwaltungsrates der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel erfolgte am Montag die offizielle Konstituierung der Bank. Nunmehr wird eine entsprechende Mitteilung an die Kriegslastenkommission und an die Reparationskommission in Paris erfolgen, die voraussichtlich am Samstag, den 17. Mai 1930, in Paris festzustellen haben wird, daß die Voraussetzungen für die Angangsetzung des Youngplans erfüllt sind. Erst nach dieser Feststellung kann die V.B. in Funktion treten. Was die Zeichnung der Aktien der Bank und die Einzahlung des ersten Viertels der Aktien betrifft, so soll dies zwischen den betreffenden Ländern am 20. Mai erfolgen.

### Tagung der sozialistischen Arbeiterinternationale

Die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale ist in Berlin zusammengetreten. Sie beschäftigte sich, nach einer Meldung des „Vorwärts“, am Montag eingehend mit der Lage in Rußland und der Kriegsgeschichte im Osten. Auch wurde die Lage in Indien eingehend besprochen: eine Resolution soll Dienstag beschlossen werden. Über die Weltwirtschaft und Arbeitslosigkeit wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, den Kampf um die internationale Herabsetzung der Arbeitszeit unter die 48stündige Arbeitswoche hinab aufzunehmen.

Anläßlich der Tagung veranstaltete der Berliner Bezirksverband der sozialdemokratischen Partei am Montagabend in der Hofenstraße eine große Kundgebung. Viele ausländische Sozialisten überbrachten die Grüße ihrer Länder. Es sprachen u. a. Banderweide (Belgien), Otto Bauer (Österreich), der für den Anschlag an Deutschland einzut, Crompton (England), Longuet (Frankreich) und Frau Bopp (Buenos Aires). Nachdem noch Vertreter Hollands, der Tschechoslowakei, Rußlands und der Schweiz gesprochen hatten, fand die Kundgebung mit einem Schlußwort Otto Wels' ihr Ende.

Wie die Wärtler melden, kam es vor Beginn der Kundgebung auf der Straße noch zu einem Zwischenfall. Zwei indische Studenten verteilten Flugchriften, in denen an einen Beschluß des Exekutivkomitees der sozialistischen Arbeiterinternationale erinnert wurde, für die Selbstverwaltung des indischen Volkes einzutreten. Die beiden Studenten wurden von Reichsbannerleuten tätlich angegriffen. Es entstand eine Schlägerei, die erst vom Überfallkommando beendet werden konnte.

**Rückkehr des Schulkreuzers „Emden“.** Heute, Dienstag, vormittag traf der Kreuzer „Emden“ von seiner dritten und vorläufig letzten Auslandsreise als Schulkreuzer wieder in Wilhelmshaven ein. Der Kreuzer war am 18. Januar auslaufen, hat also eine viermonatige Fahrt hinter sich, die nach Westindien und den Vereinigten Staaten führte.

General Blanchard mit der Auflösung der Besatzungstruppen beauftragt. Der stellvertretende Chef des Generalstabes der französischen Besatzungstruppen, Brigadegeneral Blanchard, ist, wie aus Paris gemeldet wird, zum Generalstabeschef des Generals Guillaumat, Mitglied des Obersten Kriegsrates, ernannt und mit der Leitung der Auflösung der französischen Besatzungstruppen beauftragt worden.

Verhaftung eines ungarischen Schriftstellers in Wien. Der ungarische Schriftsteller Djshel wurde, als er in Wien von Berlin in einem Auto ankam, auf Grund eines vor Jahren gegen ihn erlassenen ungarischen Steckbriefes verhaftet. Djshel war im Jahre 1923 in Budapest wegen Gotteslästerung, die in dem Inhalt eines seiner Stücke erblickt wurde, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er flüchtete damals und nahm dann in Berlin Aufenthalt.

Die indische Verfassungskonferenz wird am 20. Oktober in London zusammengetreten.

### Ozeanflieger glücklich gelandet

W.D. Paris, 13. Mai. (Tel.). Der französische Flieger Mermoz ist heute früh 8.10 Uhr Greenwicher Zeit nach Überquerung des Südatlantik in Natal (Brasilien) gelandet.

In Prag wurde ein Verfassall festgestellt. Es handelt sich um einen aus Argentinien zurückgekehrten Arbeiter. Der Kranke wurde mit seiner Familie sofort in die Sonderabteilung des Infektionskrankenhauses gebracht.

In New York drang eine Anzahl Banditen in ein Kabarett ein, stellten sich in der Saalmitte auf und begannen auf die tangenden Paare zu schießen. Sie verletzten drei Personen schwer, der Rest konnte sich nur durch die Flucht retten.

In China hat eine Häuserbande von zirka 4000 Mann die Stadt Jungjang überfallen und 15 000 Bewohner niedergemetzelt und 500 Geiseln mitgeschleppt.

Badische Landesbauparaffade. Am 6. Mai 1930 fand bei der Badischen Landesbauparaffade die erste Zuteilung von Bauparzellen statt. Insgesamt wurden 45 000 M. an 9 Bauparzellen verteilt. Die Parzellzeit der einzelnen Bauparzellen beträgt zwischen 7 und 8 Monaten. Die Bauparzellen gehören folgenden Berufsgruppen an: 1 Ingenieur, 1 Landwirt, 3 Handwerker, 1 Arbeiter und 3 Beamte. Die nächste Zuteilung findet voraussichtlich am 6. August 1930 statt.

## Badischer Teil

### Wohnungsdebatte im Landtag

(59. Sitzung)

St. Karlsruhe, 13. Mai.

Präsident Duffner eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für die verlebte sozialdemokratische Abgeordnete Frau Therese Blase. Sie gehörte seit der Nationalversammlung dem Hause an und habe sich durch ihr stets hilfsbereites mütterliches Wesen für alle Bedürftigen ausgezeichnet. Die Abgeordneten hatten sich während der Ansprache des Präsidenten von den Rängen erhoben.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf über die Beteiligung an Kaligewerkschaften.

Die Gruppe des Evang. Volksdienstes teilt mit, daß sie sich nunmehr nennt: Evang. Volksdienst, Landesverband Baden des Christl.-sozialen Volksdienstes.

Die Stadtgemeinde St. Blasien ist wegen Fortführung der Dreiseisenbahn vorzeitig geworden.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) hat die Regierung ihre Bereitschaft erklärt, den durch Schnebruch geschädigten Privatwaldbesitzern des nördlichen Schwarzwaldes im Rahmen der verfügbaren Mittel Nachschuß von der Grund- und Gewerbesteuer zu gewähren. Die Finanzämter haben Anweisung erhalten, wie bei einkommenden Gesuchen zu verfahren ist.

Es folgt ein Bericht des Vorsitzenden des Geschäftsausschusses des Abg. Dr. Keers (D. Dem. P.) über die Mandatsnachfolge der Abg. Frau Blase.

Das Haus erklärt die formelle Zustimmung, worauf der Präsident den neuen Abg. Wehner, Schlosser in Ramstein, namens des Hauses herzlich begrüßt.

### Förderung des Wohnungsbaues

Über diese in ihren Einzelheiten bekannte Vorlage berichtet sodann der sozialdemokratische Abg. Heib. Es handelt sich um eine Anleiheaufnahme im Höchstbetrags von 18 Millionen Reichsmark. Der Minister des Innern wird ermächtigt, für Wohnungsbauanleihen durch Wohnungsverbände und verbandsfreie Gemeinden im Höchstbetrags von 5 Millionen Reichsmark eine Zinsverbilligung von höchstens 5 Millionen Reichsmark auf längstens 10 Jahre zu übernehmen. Diese Zuschüsse können nach dem Willen des Innern zu erlassenden Bestimmungen auch zur Verbilligung der Zinsen von Darlehen verwendet werden, welche die Bauherren aufnehmen. Außer der Annahme dieses Gesetzes werden noch verschiedene Änderungen im Voranschlag der Wohnungsfürsorge vorgeschlagen.

Eingaben wegen Linderung der Kollage der Steinindustrie sollen der Regierung zur Kenntnisnahme überwiehen werden. Für die Allgemeine Aussprache ist die Redezeit wiederum kontingentiert.

Sie wird vom Abg. Meuth (D. Sp.) eröffnet, der ausführt, daß wir von der Behebung der Wohnungsnot besonders für kinderreiche Familien noch weit entfernt seien. Der Redner behandelt eingehend das Wohnungsbauproblem. Von den Mietkämpfern mit ihren fittlichen Gefahren müsse man abkommen. Für die breiten Volksschichten seien gesunde, geräumige und billige Wohnungen zu schaffen. Dieses Problem müsse vom Staate aus gelöst werden. Das Ideal sei die Wohnheimstätte, das Einfamilienhaus mit Garten. Grund und Boden müßten gegen spekulativen Mißbrauch gesetzlich geschützt werden. Es sei zu begrüßen, wenn Baudarlehen zu billigen Zinssfuß zum Wohnungsbau gegeben werden und dabei namentlich auf die kinderreichen Familien und Schwerkriegsbeschädigten Rücksicht genommen wird. Ob die Gemeindefinanzen durch die Einschränkung des Wohnungsbauens saniert werden können, wie es der Deutsche Stadetag empfiehlt, sei für die Förderung des Wohnungsbaues sei auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Hermann (Wirtsch. u. Bauernp.) führt aus, auf seiner Seite nehme man die Vorlage mit gemischten Gefühlen auf. Einmal werde der Steuerzahler belastet; dann könne man nicht finden, daß die Wohnungsnot noch übermäßig groß sei. Ein gewisser Mangel bestimme nur an Kleinwohnungen. Wenn heute so manche Familie nicht in den Besitz einer Wohnung kommen könne, so sei daran die wirtschaftliche Not schuld. Man müßte einen Weg finden, um der Wohnungsnot zu begehen. Hunderte von Neubauwohnungen ständen heute leer (lebhafter Widerspruch). Die Zwangswirtschaft sollte endlich fallen.

Abg. Hofheinz (Dem.) unterstreicht den fühlbaren Mangel an Klein- und Kleinwohnungen. Für viele sei die Wohnungslosigkeit zu einem katastrophalen Dauerszustand geworden. Daß wir in Deutschland 65 000 unbefähigte Bauarbeiter haben, beleuchte unsere abnormen Verhältnisse. Deshalb müsse durch öffentliche Mittel und Kreditgewährung die Bautätigkeit auf jede Weise unterstützt werden. Baden habe auf dem Gebiete des Wohnungsbaues in schwierigen Jahren anerkanntes Wertes geleistet. Der Redner verweist auf die ansehnliche Belastung der großen Städte, die diesen durch die wohnbaulichen Aufgaben erwachsen. Sie verdienen bei Verteilung der Mittel in erster Linie Berücksichtigung. Die Zinsfrage hält der Redner für das wichtigste Problem. Er ist überzeugt, daß die gegenwärtige Vorlage eine wohltätige, langfristige Wirkung haben wird.

Abg. Düffel (Zentr.) begrüßt die erhöhte Wohnbauhilfe des Staates angesichts der Tatsache, daß sich die Städte gezwungen sehen, ihre Ausgaben zu droffeln. Interessant scheinen dem Redner die Zahlen der Vorlage über die Bevölkerungsbewegung. Der bedenkliche Geburtenrückgang sei sicher nicht allein auf die Wohnungsnot zurückzuführen, sondern auf eine andere Moralauffassung. Das Hauptproblem liege darin: Wie sollen wir den Wohnbedarf für die Leute decken, die nicht mehr als 30 M. Miete im Monat aufbringen können? Die verfügbaren Mittel müßten in Interesse des Bauhandwerks und der Wohnungsuchenden beschleunigt hinausgegeben werden.

Abg. Ruffbaum (Sozdem.) gibt der Freude über die Vorlage Ausdruck und knüpft daran den Wunsch, daß die Gebäudeversicherer bald in der früheren Höhe wieder für den Wohnungsbau verwendet werden kann. Die größte Sorge sieht der Redner in der Mietpreiserhöhung. Entgegenkommen verdiente die Stadt Freiburg, die gerade für die kinderreichen Familien Vorbildliches geleistet habe.

(Fortsetzung des Berichts in nächster Nummer.)

### Gelez über die Beteiligung an Kaligewerkschaften in Baden

Dem Landtag ist soeben ein Gesetzentwurf über die Beteiligung an Kaligewerkschaften in Baden zugegangen. Danach soll der Finanzminister ermächtigt werden, von dem auf Grund des Gesetzes vom 27. Januar 1926 an die Gewerkschaften Baden und Ratgräfer in Buggingen gegebenen Darlehen im Nennbetrags von zur Zeit 16 237 800 Schweizer Franken — etwa 13 522 000 Reichsmark — denjenigen Teilbetrag auf dem Wege der Zubeße in eine Kapitalbeteiligung umzuwandeln, welcher im Zeitpunkt der Kapitalbeteiligung einem Wert von 4 340 000 Reichsmark entspricht.

Aus der Begründung zu dem Geschehen geht hervor, daß sowohl Schacht Baden wie Schacht Markgräfler heute im Besitze ihrer endgültigen Beteiligungsziffer von je 163 Tausendteilen der durchschnittlichen Beteiligung aller Kaliverte sind. Die Förderung beider Schächte ist gestiegen von 60 708 Doppelzentner Reinkali im Jahre 1926 auf 441 996 Doppelzentner. Sämtliche Befragungen erbrachten den Nachweis auf geschlossene Kalimengen in Höhe von 13 478 000 Doppelzentner Reinkali. Die Lagermächtigkeit wurde mit 4,30 Meter festgestellt. Die Tagesanlagen in Buggingen sind auf das Modernste ausgestattet. Das Werk Buggingen hat als eine Musteranlage der Kaliindustrie zu gelten. Die Finanzierung ist noch nicht endgültig geregelt. Um auch hier noch Verhältnisse zu schaffen, welche der Güte der Anlagen würdig sind, hat die Regierung die obengenannte Vorlage eingebracht.

### Die Frequenz der badischen Hochschulen im Wintersemester 1929/30

Es waren immatrikuliert: Universität Heidelberg 2899 Studierende, darunter 1450 Badener, 1409 andere Deutsche und 140 Reichsausländer. Dazu kamen 268 Hörer. Die meisten Studierenden befinden sich in der medizinischen und philosophischen Fakultät mit je etwa 880 Köpfen. Die Universität Freiburg zählte 3470 Studierende, darunter 1034 Badener, 2307 andere Deutsche und 129 Reichsausländer. Die Zahl der Hörer beträgt 187. Hier weist die medizinische Fakultät 1129 Studierende auf, dann folgt die juristische Fakultät mit 847 Studierenden. Die Technische Hochschule Karlsruhe wurde von 1287 Studierenden besucht, darunter 750 Badener, 412 andere Deutsche und 125 Reichsausländer. Dazu kommen 309 Hörer. Weibliche Studenten sehen wir an der Universität Heidelberg 559, darunter 235 Badener, an der Universität Freiburg 718, darunter 163 Badener, an der Technischen Hochschule Karlsruhe 24, darunter 17 Badener. Die Zahl der Hörerinnen beziffert sich auf 116 bzw. 71 und 169.

### Jahresversammlung des Verbandes der Badischen Presse

Am Sonntag fand im historischen Hotel zur „Sonne“ in Offenburg die Jahresversammlung des Landesverbandes der Badischen Presse statt, von den Mitgliedern der Organisation der Redakteure außerordentlich gut besucht. Nach Erledigung der Regularien wurde zum 1. Vorsitzenden Redakteur Dr. Kumpf, Mannheim, einstimmig wiedergewählt. Als 2. und 3. Vorsitzende wurden Geißl. Mat. Chefredakteur Dr. Meyer, Karlsruhe, und Redakteur Segelke, Freiburg i. Br., als Kassier wieder Redakteur Niebel bestätigt. Im übrigen wählte man den Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wieder, jedoch tritt Chefredakteur Wirmbach, Karlsruhe, als Vertreter in den Vorstand und in die Bezirksarbeitsgemeinschaft ein.

In eingehender Aussprache wurden dann die wichtigen Grundfragen des Verbandes erörtert und in Beschlüssen festgelegt. Insbesondere befahte man sich mit der Stellung der freien Mitarbeiter, der Mitarbeit von Beamten an Zeitungen, mit dem Gange der Deutschen Presse in Berlin, der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Redakteure in Baden, bestimmte die Delegierten zum Reichsverbandstag in München und legte in ausführlicher Aussprache deren Stellungnahme fest.

### Verband badischer Tierschutzvereine

In Billingen fand, wie schon kurz gemeldet, dieser Tage die gut besuchte 32. Tagung des Verbandes der Badischen Tierschutzvereine statt. Als Vertreter des Ministeriums des Innern und des Landeskommissars in Konstanz war erschienen Landrat Benz, als Vertreter des Ministeriums des Kultus und Unterrichts Kreisrat Seiber, als Vertreter des Evang. Oberkirchenrats Pfarrer Rühr (Gornberg). Den Württembergischen Verband vertrat Reallehrer Rau (Gammstadt). Von den 16 angeschlossenen Vereinen waren vertreten: Mannheim, Heidelberg, Forstheim, Baden-Baden, Offenburg, Rahr, Freiburg, Waldkirch, Grenzach, Billingen, Konstanz. Den Hauptteil der öffentlichen Sitzung bildeten die Erstattung des Jahresberichts und der kurze Vortrag des Vorsitzenden, Oberleitnant Wittig aus Freiburg, über die Ausübung des Tierschutzes. Ein Antrag Offenburg, daß die größeren Vereine stärker für die Verbandstasche in Anspruch genommen werden sollen, fand einstimmige Annahme. Die beiden Württembergischen Vertreter besprachen recht eingehend die Frage einer gemeinsamen Zeitschrift für Baden und Württemberg. Von Seiten Badens wurde dringend eine monatlich erscheinende Zeitschrift gewünscht. Ein erfreuliches Ergebnis war die einstimmige Wiederwahl des ersten Vorsitzenden. Neu wurde nun auch ein Jurist in den Vorstand gewählt, Regierungsrat i. R. Meyer (Billingen). Die Kassierwahl hat nach wie vor Herr Madlener (Forstheim), Rottschel Karlsruhe Nr. 25969.

Es wurde berichtet über die Tierschutzgesetzgebung im Reichstag, die Behandlung der Schächfrage im badischen Landtag, die zweckmäßige Einrichtung von Stellen für Tötung abgängiger und Unterbringung kranker Tiere. Besonders hervorzuheben sei das einfache, aber zweckmäßige Tierkloß in Baden-Baden. Der tatkräftigen Unterstützung von Seiten der Tagespresse wurde anerkannt und dankend gedacht.

Auf Grund von Berichten der Herren Berger (Konstanz) und Hauptlehrer Linder (Mannheim) wurde entschiedene Stellung genommen gegen das wilde Abschleichen der Wasservögel am Bodensee, gegen elektrische Tötung der Fische in den Güttinger Seen bei Radolfzell, gegen das Salzen von lebenden Tieren (Gäsen, Störchen u. a.) in Schaufenstern, das Fangen von Igel, Maulwürfen, Fröschen, Eingebeln, das dauernde Anhalten der Hunde, das noch immer viel verwendete Doppelschloß im Schwarzwald u. a. Der Viehtransport auf der Landstraße und in der Bahn muß scharfer überwacht werden. Ein Zusammenarbeiten mit den Stellen des Naturschutzes und ähnlichen Bestrebungen sei dringend zu empfehlen.

### Verstärkung des Textilkampfes im Albtal

Von Arbeitgeberseite wird mitgeteilt: In dem Streik der Textilarbeiter des Albtals haben die Gewerkschaften, welche anfangs jede Einigung ablehnten, wie wir hören, jetzt, wo die Kündigungsfrist der Arbeiter abläuft, doch den Schlichtungsausschuß Karlsruhe um Vertragshilfe angerufen. Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie hat hiergegen mit nachstehendem Telegramm an den Schlichtungsausschuß Karlsruhe, den Minister des Innern und den Schlichter für Südwestdeutschland Protest eingelegt:

Widersprechen namens Albtalfirmen gemäß § 12 Abs. 3 der Schlichtungsverordnung neuem Schlichtungsverfahren Albtal. Betriebe infolge Kündigungen von Rohstoffen und Veralterung undisponiert, Direktoren zwecks Vermeidung dauernder Stilllegung unterwegs. Protestieren, daß Staatsbehörden sich hergeben, den Gewerkschaften die Verantwortung für infizierte Kündigungen in letzter Minute abzunehmen. Ablehnen den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Karlsruhe als Jaller früherer unaltbarer Entscheidung. Verband fädd. Textilarbeiter.

### Anwahre Bildberichterstattung des nationalsozialistischen „Führer“

„Im „Führer“ (Folge 10 vom 10. Mai) war eine Abbildung von der Maidemonstration der Sozialdemokraten enthalten mit folgendem Text:

„Der Schütze von Durlach.“

(Der „Schwerberlechte“ Polizist Hühfeld beim Strahendienst während der sozialdemokratischen Maidemonstration in Karlsruhe. Wie man sieht, kann er auch anders!)“

Diese „Bildberichterstattung“ ist falsch. Der im „Führer“ abgebildete Polizist ist nicht Wachtmeister Hühfeld, sondern ein anderer Polizeibeamter.

### Die Sommerausgabe 1930 des amtlichen Kursbuches für Südwestdeutschland und die Schweiz

gültig vom 15. Mai bis 4. Oktober, ist in der gleichen äußeren Ausstattung wie die Winterausgabe 1929/30 erschienen. Aus dem Inhalt des Kursbuches ist besonders hervorzuheben, daß die Fernverbindungen durch die Aufnahme der direkten Zugverbindungen nach Südrheinland und der Riviera über Aehl-Strasbourg-Mühlhausen-Lyon-Marseille erweitert wird. Ferner sind die bayerischen Strecken überfichtlicher angeordnet und durch den Fahrplan der neuen bayerischen Zugspitze ergänzt. In die allgemeinen Bestimmungen für Reisende wurden auch die Bettartenpreise der Mikropasswagen aufgenommen. Zum ersten Male wurde in dem neuen Kursbuch die im Oktober 1929 bei der Europäischen Jahrestagung in Warschau von sämtlichen europäischen Eisenbahnverwaltungen vereinbarten internationalen Zeichen angewendet. Es wurden im allgemeinen nur solche Zeichen gewählt, die unabhängig von einer Landessprache als bildliche Darstellung allgemein verstanden werden können, z. B. ein Schiff für „Schiffsantrieb“, ein Auto für „Kraftwagenantrieb“, ein Flugzeug für „Luftverkehr“, ein Telefonhörer für „Zugfunk“ u. a. m. Durch die weitgehende Anwendung der Bildersprache wird ermöglicht, daß Reisende den Fahrplan eines Landes lesen können, auch wenn sie der betreffenden Landessprache nicht kundig sind. Ferner wurden auf Grund der internationalen Vereinbarung in den Übersichtstafeln die dem Schnell- und Eilzugverkehr dienenden Strecken durch fette Linien dargestellt.

### Aus den Parteien

Am Sonntag hat in Mannheim eine sozialdemokratische Bezirkskonferenz nach dem Bericht der „Volksstimme“ mit überwältigender Mehrheit Minister Kemme als Spitzenkandidat aufgestellt gegen Pfarrer Eder, den eine oppositionelle Minorität vorgeschlagen hatte. An zweiter und dritter Stelle stehen, wie seinerzeit bereits berichtet, die gegenwärtigen Reichstagsabgeordneten Schöpflin und Meier, Freiburg, an die vierte Stelle trat der Mannheimer Redakteur Ernst Roth, gegen den abermals Pfarrer Eder unterlag.

Die badische Landesgruppe des Christlich-sozialen Volksdienstes, der Evangelische Volksdienst, wird seine Landesvertretertagung voraussichtlich am 5. und 6. Juli in Karlsruhe halten und sich hierbei hauptsächlich mit der Frage der Gemeindefragen beschäftigen.

### Tagungen

Der Badische Landesverband für Jugendpflege und Leibesübungen hält am 17. und 18. Mai im Ferienheim des Südb. Fußball- und Leichtathletikverbandes in Ettlingen seine Hauptversammlung ab.

Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins. Vom Samstag, dem 17., bis Sonntag, dem 18. Mai, wird in Karlsruhe die Hauptversammlung des Kreises IV (Baden, Württemberg, Pfalz) des Deutschen Buchdruckervereins stattfinden.

Badische Jugendherbergen. Am 24. und 25. Mai findet die Hauptversammlung des Bundes Baden im Reichsverband der deutschen Jugendherbergen in Karlsruhe statt. Der Gau Baden feiert gleichzeitig sein 10jähriges Jubiläum. Der Gau zählt 75 Ortsgruppen und betreibt 116 Jugendherbergen, die ziemlich gleichmäßig über ganz Baden verteilt sind. Rund 242 000 Jung- und Altwanderer fanden 1929 in diesen Herbergen Unterkunft aus ihren Wanderungen.

Badischer Gastwirterverband. Die diesjährige Landesversammlung des Badischen Gastwirterverbandes findet am 21. Mai in Wertheim statt.

Der Verband süddeutscher Zementhändler, welcher die Interessenvertretung des süddeutschen Zementhandels darstellt, hielt unter der Leitung von Adig (Mann) in Heidelberg seine diesjährige Hauptversammlung ab. Es wurde festgestellt, daß wegen des erheblichen Darniederliegens der Wirtschaft auch der Baumarkt sich zur Zeit in einem Zustande erheblicher Depression befindet. Es wurde dringend gefordert, daß im Interesse der gesamten Volkswirtschaft die Bautätigkeit, vor allem der Wohnungsbau, in den nächsten Jahren nicht vernachlässigt werden dürfe.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Der Mordprozeß Werner

Frau Märkle belastet Werner

Der Angeklagte Werner erklärte am Montag im weiteren Verlauf seiner Vernehmung vor dem Schwurgericht Karlsruhe, er habe das Gift der Märkle (nicht Märkle) deshalb weggenommen, weil sie einmal Selbstmordabsichten geäußert habe. Aus seiner Notiz habe sich anscheinend seine Frau das Gift angeeignet, denn eines Tages sei sie unter Erbrechen nach dem Mittagessen erkrankt. Sie weigerte sich, ins Krankenhaus zu gehen. Der Arzt sprach von einem Nervenzusammenbruch. Während des Krankheitszustandes konnte ich die Angst nicht loswerden, daß meine Frau etwas von dem Gift genommen haben könnte. Sie verneinte dies auf meine wiederholte Frage. Nach zweimaliger Ohnmacht ist meine Frau in der Nacht zum 7. Mai gestorben. Sie schied mit den Worten: Nun geh ich, Du bist frei, sei deinem Kinde ein guter Vater.“ Nun wußte ich, daß meine Frau das Gift genommen hatte, und ich bin zusammengebrochen. Werner beteuert nochmals, daß er seine Frau nicht vergiftet habe.

In der Nachmittagsitzung ergänzte Werner seine Angaben dahin, daß ihn Frau Märkle nach dem Tode der Frau Werner habe bestimmen wollen, sie in seine Verhaftung aufzunehmen, weil sie es beim Ehemann Märkle nicht mehr aushalte. Er, Werner, habe ihr dies als unmöglich vorgestellt. Werner gibt zu, nach der Verurteilung zweimal mit Frau Märkle nach deren Heimatort Bundelfingen gefahren zu sein. Im letzten Märidittel kam die Märkle ins karlsruher Krankenhaus. In dieser Zeit hat Werner der Frau mündlich und schriftlich seine Liebe und Entschlossenheit versichert, sie nie zu verlassen. Die Briefe wurden vom Ehemann Märkle bei einem Besuch im Krankenhaus gefunden. Dadurch geriet der

Stein ins Rollen. Der Angeklagte erklärt, daß er die moralische Schuld am Tode seiner Frau insofern trage, daß er das Verhältnis mit der Märkle unterhielt und das Gift nach Hause brachte, an dem die Frau gestorben ist. — Nach Abschluß der fast siebenstündigen Vernehmung Werners tritt eine kurze Pause ein.

Danach wird Frau Märkle vernommen. Sie äußert sich über ihre Beziehungen zu Werner. Ihr hätten vor ihm zwei andere Kriminalbeamte nachgestellt. Über seine Frau habe Werner nie geschimpft. Er habe sie, die Märkle, als treue Freundin besitzen wollen. Die Angeklagte muß auf Befragen angeben, daß sie während des Verhältnisses zu Werner auch noch mit zwei anderen Männern intim verkehrte. Es wird festgestellt, daß Frau Märkle des öfteren kleinere Geldbeträge und ab und zu auch Geschenke von Werner erhalten hat. Den Empfang größerer Summen bestreitet die Angeklagte. Über die Giftgeschichte gibt die Angeklagte folgendes an: Werner frag mich auf der Straße, ob ich ihm Arsen besorgen könne. Auf meine Bemerkung, was er damit wolle, hat Werner erwidert, er möchte etwas probieren. Ich solle dem Laboranten Bl. sagen, das Arsen wäre zur Mottenvertilgung. Ich hörte, daß Arsen nur auf einen Giftschein zu bekommen war. Davon machte ich Werner Mitteilung, der mich bat, ich möchte ihm die Gefälligkeit tun und den Giftschein beim Bezirksamt beantragen. Vorsichtiger: Sind Sie nicht süchtig geworden, daß Werner nicht selbst den Giftschein besorgen wollte, angeblich weil ihn auf dem Bezirksamt alles kennt? Wenn man Arsen vertilgen will, braucht man doch nichts zu verbergen? Angeklagte: Ich habe in dem Ansuchen Werners nichts gefunden. Er kam in meine Wohnung, setzte den Postlaut des Antrages auf und ich schrieb ihn ab. Werner hat mir nicht geglaubt, daß ich mich um den Giftschein bemühe und wiederholt danach gedrängt, auch unter der Drohung, er werde mich erschießen, wenn ich ihn am Karrenseil herumführe.

Frau Märkle erzählt dann, daß sie am 1. Mai den Giftschein erhalten, das Gift in der Apotheke geholt und Werner in der Wohnung der Zeugin N. zu Weierheim auschändigt habe. Samstag morgen habe Werner sie wieder auf der Straße getroffen und ihr mitgeteilt, daß seine Frau krank sei, und er glaube, daß sie sterben müsse. Durch diese plötzliche Erkrankung im Zusammenhang mit der Vernehmung Werners, jetzt sei das Gift in seiner Hand, will die Märkle schließlich mißtrauisch geworden sein. Sie erklärt auf Befragen, Werner habe erst nach dem Tode seiner Frau einmal über eine etwaige Heirat mit ihr gesprochen.

Bei gleich starkem Publikumsandrang wurde am heutigen zweiten Verhandlungstag die Vernehmung der Frau Märkle fortgesetzt. Frau Märkle blieb einmal zwei Nächte in Werners Wohnung, wovon auch ihr Mann bald Kenntnis erhielt. Es gab zunächst häusliche Auseinandersetzungen, auch Schläge, und bevor Frau Märkle ins Krankenhaus kam, auch eine erneute Aussprache mit Werner, der ihr sein Herz ausschüttete. Dabei habe Werner ihr gestanden, am Freitagmorgen sei in den Katak seiner Frau getan zu haben, während er sie zum Brötchenholen weggeschickt hatte. Er habe nochmals Gift am Sonntagabend seiner Frau ins Zuderkasser geschüttet, „damit sie nicht mehr ins Krankenhaus müsse“, wie er gesagt, aber, wie sie es verstand, damit sie schneller sterbe. Frau Märkle fühlte sich von diesem Moment an mitschuldig, weil sie ihm das Gift verschafft hatte; bis dahin sei sie des guten Glaubens gewesen, er habe damit nur etwas probieren wollen. Werner habe sie wiederholt gebeten, niemand etwas von seinem Geständnis zu sagen. Sie habe deshalb ihr Versprechen bis zur zweiten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter gehalten, wo sie diesen Sachverhalt erstmals so geschildert habe.

### Selma Lagerlöf: Der „Fuhrmann des Todes“ als Film.

Im Stadt. Konzerthaus gelangt am Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Fuhrmann des Todes“ nach der Legende der berühmten nordischen Dichterin Selma Lagerlöf zur Aufführung: das Beispiel einer Trunkstüchtigkeitsdramödie, im Wilde vorgeführt. — Ist es nötig, derartiges der Öffentlichkeit zu zeigen, und aus welchem Grunde geschieht es? Dazu wird uns geschrieben: Die Namen, die wir unter der Einladung der Veranstaltung finden, geben uns die Antwort auf beide Fragen: Karlsruher Ärzteverein, die Gewerkschaften, Kollegien, die Kirchengemeinden, Caritasverband und Evangel. Jugend- und Wohlfahrtsdienst, Post- und Polizeidirektion, Stadt. Fürsorgeamt, Allgemeine Ortskrankenkasse u. a. Es sind Tatsachen: Daß in Deutschland eine große Anzahl von Männern mit etwa 1 000 000 verarmter Angehöriger die Opfer übertriebener Bier-, Wein- und Brantweintrinkerei sind, daß jährlich gerade aus den Reihen der Jugendlichen immer mehr hinzukommen. Daß jährlich 16 000 Deutsche durch die geistigen Getränke in die Irrenhäuser gebracht werden. Es ist vollkommen falsch, zu sagen: Der Trinker sei von Veranlagung minderwertig. Was hier schlechtes Beispiel, dauernde und hartnäckige Verführung, Spottsucht, Leichtsinns und verderbliche Verführung, vor allem diese letztere — an guten Keimen verdirbt, an schlechten vergrößert, das weiß meistens nur der Arzt und der Seelsorger. Die Legende von Selma Lagerlöf und der danach entworfene Film schildern in packender Weise den moralischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch eines einst braven Handwerkers und seiner Familie. Das Geschehen dieses Films — halb wirklich, halb mythisch, mit einer graufigen nordischen Sage verwoben — ist von so hinreißender Eindringlichkeit, daß er ohne weiteres zu den besten Kulturfilmen gerechnet werden kann. Der Film wird nur einmal aufgeführt und die Gelegenheit, ihn zu sehen, sollte unter keinen Umständen verjäumt werden.

### Wetternachrichtenbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe.

Ein neues Tief hat sich der englischen Küste genähert und führt auf seiner Südseite etwas mildere maritime Luft heran. Ein ausgedehntes Regengebiet, das an der Aufgleitfläche der wärmeren Luft liegt, hat uns gestern früh erreicht. Unjere Bitterung wird morgen unter dem Einflusse des neuen Tiefs stehen. — Wetterausblick: Nach verbreiteten Regenfällen wolkig und etwas milder, bei frischen, westlichen Winden zeitweise noch leichter Regen.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

|                       | 23. Mai |        | 12. Mai |        |
|-----------------------|---------|--------|---------|--------|
|                       | Geld    | Brief  | Geld    | Brief  |
| Amsterdam 100 G.      | 168.41  | 168.75 | 168.40  | 168.74 |
| Kopenhagen 100 Kr.    | 112.01  | 112.23 | 111.98  | 112.20 |
| Italien . . . 100 S.  | 21.955  | 21.995 | 21.955  | 21.995 |
| London . . . 1 Pf.    | 20.342  | 20.382 | 20.342  | 20.382 |
| New York . . . 1 D.   | 4.1865  | 4.1943 | 4.1865  | 4.1943 |
| Paris . . . 100 Fr.   | 16.42   | 16.46  | 16.42   | 16.46  |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.99   | 81.15  | 81.085  | 81.245 |
| Wien 100 Schilling    | 59.04   | 59.16  | 59.04   | 59.16  |
| Prag . . . 100 Kr.    | 12.407  | 12.427 | 12.408  | 12.428 |

Der Privatdiskont wurde ermäßigt bei beiden Sichten um je 1/8 Proz. auf 3/8 Proz.

**Auffstieg des „Graf Zeppelin“ zur Schweizer Fahrt.**  
 W. Friedrichshafen, 13. Mai (Tel.) Heute vorm. 7.56 Uhr startete das Luftschiff „Graf Zeppelin“ bei ziemlich bedecktem Himmel zu seiner Schweizer Fahrt. An Bord befinden sich etwa 40 Passagiere, darunter die Gemahlin des Reichsverkehrsministers v. Guérard und die des Reichsfinanzministers Dr. Molkenbauer. Die Führung übernahm Dr. Käfer. Die Fahrt in die Schweiz dürfte über Zürich, Bern, Lausanne und eventuell Genf führen. Die Rückkehr des Luftschiffes wird bis 4 Uhr nachm. erwartet.

Nachdem bereits vor einigen Jahren ein leitender Beamter der Stuttgarter Lagerhausgesellschaft, von deren Aktien die Stadt Stuttgart die Mehrheit besitzt, wegen schwerer Verfehlungen mit Gefängnis bestraft worden war, sind jetzt, wie berichtet wird, erneut Verurteilungen vorgekommen, und zwar in Höhe von 75 000 M.

Auf der Concordia-Hindenburg-Grube (Oberschlesien) erfolgte eine schwere Schlagwetterexplosion. 8 Todesopfer sind zu beklagen.

In Venedig fand ein Fußballwettkampf zwischen Vertretern der Mannschaft der dort liegenden deutschen Schiffe und der Studentenschaft statt. Er endete 4:4.

### Gemeinderundschau

**Der Wohnungsbau in Mannheim.** Der Reinzugang an Wohnungen durch Neubauten betrug im Monat April dieses Jahres 37, von den neu geschaffenen Wohnungen sind 17 Wohnungen mit 1 bis 3 Zimmern und 20 Wohnungen mit 4 bis 6 Zimmern. Es wurden 7 neue Wohngebäude erstellt. Für insgesamt 5 Neubauten, die 33 Wohnungen ergaben, wurde eine Baufostenbeihilfe bewilligt. 7 neue Wohngebäude wurden von privaten Bauherren erstellt. Davon sind 3 Kleinhäuser mit 1 bis 2 Wohnzimmern und höchstens 4 Wohnungen.

**Tauberbischofsheims Gemeindevoranschlag.** Der Gemeinderat Tauberbischofsheim hat den Voranschlag der Stadtgemeinde Tauberbischofsheim für das Rechnungsjahr 1929/30 beraten und verabschiedet. Die Einnahmen belaufen sich auf 299 687 M. Gegen das Vorjahr hat sich der ungedeckte Aufwand kaum verändert; er beträgt 107 343 M. Die Umlage bleibt dieselbe wie bisher. Sie wird wieder, ohne Kreissteuer, 1 M betragen.

Der Gemeinderat Schwesingen stimmte einem Vorschlag des Vorsitzenden, den Badischen Landtag zum Besuch der Stadt und des Schlossgartens einzuladen, zu. Ferner wurde die Übernahme des Spargelberlandgeschäftes in städtische Verwaltung beschlossen.

**Die Bahnhofserweiterung in Emmendingen.** Die völlig ungenügenden Bahnhofsverhältnisse haben schon seit einiger Zeit die Frage nach einem Umbau des Bahnhofes akut werden lassen. Von zwei Projekten wird jetzt wohl dasjenige, das die Erweiterung des Bahnhofes ostwärts vom jetzigen Güterbahnhof nach der Stadt vorsieht, zur Ausführung kommen. Allerdings wird dies nur dann möglich sein, wenn die nötigen Mittel von der Grenzlandhilfe dazu zur Verfügung gestellt werden.

**Freiwillige Feuerwehr Freiburg.** In der Generalsversammlung der Freiburger Freiwilligen Feuerwehr wurde u. a. mitgeteilt, daß die Einnahmen einschließlich eines Zuschusses der Stadt in Höhe von 65 000 M sich auf rund 74 000 M belaufen, denen Ausgaben von 78 000 M gegenüberstehen. Der Stand des aktiven Korps betrug am 1. April 1930 500 Mann. In einem Jahre wird die gesamte Freiburger Freiwillige Feuerwehr mobilisiert sein. Es soll versucht werden, den Reichsfeuerwehrtag 1932 in Freiburg abhalten zu können.

**Der Wiesbadener Autobusbetrieb rentabel.** Nachdem die verkehrstechnischen Vorteile des vor einem Jahre in Wiesbaden eingeführten Autobusbetriebes schon lange außer allem Zweifel standen, weist nunmehr auch der erste Jahresbericht ein günstiges finanzielles Ergebnis aus. Es konnte im ersten Betriebsjahr sogar ein Überschuß von 100 000 M erzielt werden. Befördert wurden in diesem Zeitabschnitt 20 521 468 Personen, geleistet wurden 3 738 737 Wagenkilometer und die Bruttoeinnahme betrug 8 471 486,84 M. Dieses Ergebnis ist von besonderer Bedeutung für die Frage der zweckmäßigsten Verkehrsmittel. Der Übergang von der elektrischen Straßenbahn zum Autobetrieb war erfolgt, weil die Straßenbahngesellschaft immer wieder erhöhte Zuschüsse erforderte.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**Dr. Mosbach, 13. Mai.** Wie der Oberstaatsanwalt bekannt gibt, hat die Badische Gebäudeversicherungsanstalt auf die Ermittlung des Brandstifters des letzten Brandes in Sindolshaus (dem Feuer fielen mehrere Anwesen zum Opfer) eine Belohnung von 2000 M ausgesetzt.

**Dr. Rehl, 12. Mai.** Mit dem Abbruch des aus der Festungszeit Rehls stammenden Mittelbaues eines kleinen Brückenkopfes beim Eingang der Eisenbahnbrücke über den Rhein, in dem seit der Besetzung die Brückenwache und Telegraphen untergebracht waren, ist nun auch begonnen worden. Mit ihm verschwindet wieder eine der wenigen in Rehl noch vorhandenen historischen Bauten, der dem Eingang der Eisenbahnbrücke ein ganz besonderes Gepräge verliehen hatte.

**Hd. Freiburg, 12. Mai.** Der Oberbürgermeister hat heute dem Gemeinderat, Universitätsprofessor Dr. Christian Bäumer, dem Ehrenbürger der Stadt Freiburg, zu seinem 94. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche zugleich im Namen des Stadtrates und der gesamten Bürgererschaft ausgesprochen.

**Dr. Freiburg, 12. Mai.** Der seit Weihnachten schwer erkrankte Schwarzwaldbauernmalers Eberlin (Freiburg), der auch in Schilauferkreisen sehr bekannt war und als Künstler der jüngeren Generation in Auffassung und Schule angehörte, ist im Alter von 35 Jahren gestorben.

### Staatsanzeiger

**Bekanntmachung.**

Apothek in Forbach (Murgtal).

Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Forbach (Murgtal), die durch Verzicht des bisherigen Inhabers frei geworden ist, wird zur Bewerbung ausgeschrieben.

Gesuche sind unter Vorlage der erforderlichen Nachweise (vgl. Bekanntmachung vom 11. Januar 1930, Apotheke in Reudenau, Staatsanzeiger vom 14. Januar 1930) einzureichen. Ablauf der Bewerbungsfrist: 31. Mai 1930. Karlsruhe, den 8. Mai 1930.

Der Minister des Innern  
J. Wittmann.

### Personeller Teil

**Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten**

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern**

**Ernannt:**

Regierungsdirektor Josef Hermann beim Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Regierungsrat beim Bezirksamt in Karlsruhe.

Zu Pflegeinspektoren: Oberpfleger Gustav Arno Lorenz an der Heil- und Pflegeanstalt Alzenau unter Versetzung zur Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen, und Oberpfleger Augustin Sutter an der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen unter Versetzung zur Heil- und Pflegeanstalt Alzenau.

**Beurlaubt:**

Regierungsrat Friedrich Schmitt beim Bezirksamt in Mosbach an das Oberverwaltungsamt in Mannheim. Oberreferent Friedrich Nam beim Bezirksamt Neustadt als Verwaltungsobersekretär zum Bezirksamt Pforzheim.

**Ministerium des Kultus und Unterrichts**

**Ernannt:**

Professor Leo Wohleb am Verhölshausgymnasium in Freiburg zum Direktor am Gymnasium in Donaueschingen; Professor Dr. Hermann Oßern am Gymnasium in Heidelberg zum Direktor am Gymnasium in Durlach.

**Beurlaubt in gleicher Eigenschaft:**

Reallehrer Hermann Dehler an der Oberrealschule in Bühl, an das Realgymnasium in Freiburg.

**Kraft Gesetzes treten in den bauernden Ruhestand:**

Professor Julius Müller an der Kunstgewerbeschule Pforzheim auf 1. Juni 1930; Studienrat Friedrich Rölbert an der Oberrealschule in Lörrach auf 1. Juli 1930; Oberlehrer Friedrich Dreßler in Bergshausen, Amt Karlsruhe, auf 1. Juni 1930; Oberlehrer Eduard Sungen in Bödingen, Amt Emmendingen, auf 1. Juni 1930; Oberlehrer Alfred Lisch in Kirchzarten, Amt Freiburg, auf 1. Juli 1930; Oberlehrer Ludwig Weisshaupt in Stodach auf 1. Juni 1930; Hauptlehrer Friedrich Sobapp in Weinhelm auf 1. Juli 1930; Hauptlehrer Hermann Reiffenschweller in Dogen, Amt Badstut, auf 1. August 1930; Hauptlehrer Friedrich Schmid in Schliengen, Amt Müllheim, auf 1. Juni 1930; Hauptlehrer Josef Schweizer in Appenweier, Amt Offenburg, auf 1. Juli 1930.

**Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:**

Hauptlehrer Wilhelm Gomburger in Buchenbach, Amt Freiburg.

**Rechnungshof**

Planmäßig ange stellt:

Die Kanzleiaffistentin Elisabeth Herrmann.

## Film-Vorführung!

### Selma Lagerlöf

# Fuhrmann des Todes

am 15. Mai 1930, abends 8 Uhr, im großen Saale des Städt. Konzerthauses  
 Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt!  
 Eintritt — 50 M und 1,— M.

Zu der Veranstaltung laden herzlich ein:  
 Allgemeine Ortskrankenkasse / Altkatholische Kirchengemeinde / Arbeiter-Wohlfahrt / Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Jugendbünde / Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion — / Bad. Jugendberbergen, Ortsgruppe Karlsruhe / Bad. Landesbauernschaft für Reibebündungen und Jugendpflege / Bezirksfürsorgeverband Karlsruhe-Land / Bezirksverband gegen den Alkoholismus Karlsruhe / Caritasverband Karlsruhe / Christl. Gewerkschaftskartell — Deutschnat. Handlungsgehilfenverband / Ev. Jugend-u. Wohlfahrtsdienst / Evangelische Kirchengemeinde / Gewerkschaftsbund d. Angestellten / Gewerkschaftskartell / Gewerkschaft deutscher Eisenbahner / Kath. Kirchengemeinde / Oberpostdirektion / Reichsbahndirektion / Stadtausschuß für Arbeiterport / Jugendpflege / Städt. Bahnamt / Städt. Fürsorgeamt / Stadtrabbinat / Verband der weibl. Handels- und Büroangestellten e. B. — Verein Karlsruher Ärzte.

### Bruchleiden



**Gute Heilerfolge**  
 wurden in Fällen, wo andere Heilmittel ohne Erfolg versucht waren, durch unsere Methode ohne Operation, ohne Einspritzung, ohne Berufshilfe erzielt und sind bestätigt. Referenzen pp. gegen doppeltes Rückporto.  
 Sprechstunde unseres Vertrauensarztes:  
 Rastatt: Freitag, 16. Mai, vorm. 10—1, nachm. 3—5, Bahnhofshof.  
 Karlsruhe: Samstag, 17. Mai, vorm. 9—1, nachm. 2—5, Hotel Luz (am alten Bahnhof).  
 „Hermes“ Arztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., Hamburg 36, Eiplanade 6.

### Kommundarlehnen

vermittelt unter günstigen Bedingungen

**JOSEPH LIEBMAN**

Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

### Straßensperre.

Nachstehende Straßenreden des Amtsbezirks Karlsruhe werden wegen Erneuerung der Balzdecke in der beiseite Zeit Werktags von 6—19 Uhr für alle Fahrzeuge von mehr als 3 Tonnen Gesamtgewicht gesperrt. Soweit hiernach Fahrzeuge zugelassen sind, dürfen die Sperrezeiten von Fahrweilen nur im Schritt und von Kraftwagen mit höchstens 10 km Geschwindigkeit befahren werden. Im übrigen sind die Anordnungen des Balzmeister zu befolgen. Die Sperrebefugungen gelten auch dann, wenn die Arbeitsausführungen wegen unüberwindlicher Hindernisse einige Tage sich verschieben sollten.

1. Kreisweg Nr. 34, Grünwinkel—Dulach—Ettlingen und zwar auf der Strecke von der Bahnüberführung zwischen Grünwinkel und Dulach bis zum schienenparallelen Übergang bei Scheidenhardt, vom 22. bis 31. Mai.  
Umgehungsweg: Grünwinkel, Forchheim, Ettlingen oder über Karlsruhe.
2. Kreisweg Nr. 31, Durlach—Aue—Hohenwettersbach, Gemarkung Durlach, d. i. zwischen der Landstraße Durlach—Ettlingen und Gemarkung Hohenwettersbach, vom 30. Mai bis 4. Juni.  
Umgehungsweg: Durlach—Aue, Wolfartsweier, Grünwettersbach nach Hohenwettersbach.
3. Kreisweg Nr. 26a, Karlsruhe—Durlach—Aue, Gemarkung Durlach zwischen Aue und dem Karlsruher Rangierbahnhof, vom 4. bis 7. Juni.  
Umgehungsweg: Karlsruhe, Durlacherallee, Durlach.  
Zu widerhandlungen werden gemäß § 121 Pol. Str. G. B. mit Geld bis zu 150 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.  
Karlsruhe, den 8. Mai 1930. O.-Z. 31  
Badische Bezirksamt. — Abteilung IV.

## Städtische Sparkasse Schopfheim

(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

| Vermögen:  | M                   | Verbindlichkeiten:  | M                   |
|--|---------------------|---|---------------------|
| 1. Kassenbestand . . . . .   | 12 660,66           | 1. Spareinlagen . . . . .   | 1 839 985,17        |
| 2. Guthaben bei Girozentralen, Banken u. Postsparkassendirektion . . . . . | 229 479,79          | 2. Giro- und Kontokorrenteinlagen . . . . .                           | 249 829,58          |
| 3. Wertpapiere . . . . .   | 40,—                | 3. Anlehenskapitalien . . . . .                                       | 7 936,56            |
| 4. Wechsel . . . . .   | 23 809,21           | 4. Sonstige Verbindlichkeiten . . . . .                               | 1,—                 |
| 5. Hypothekendarlehen . . . . .  | 1 035 676,56        | 5. Rücklagen früherer Jahre . . . . .                                 | 81 887,43           |
| 6. Darlehen an Gemeinden . . . . .   | 512 091,—           | 6. Reingewinn 1929 . . . . .  | 31 390,83           |
| 7. Grundstückskaufgelder . . . . .   | 25 690,—            |   |                     |
| 8. Schuldscheindarlehen an Private geg. Bürgschaft . . . . .               | 55 520,—            | <b>Aufwertung:</b>  |                     |
| 9. Darlehen in laufender Rechnung an Private . . . . .                     | 423 653,86          | 7. Aufgewert. Spareinlagen . . . . .                                  | 751 581,55          |
| 10. Einnahmerückstände . . . . .   | 38 889,24           | 8. Sonderrücklage z. Bedienung des Aufwertungsfehlsbetrages . . . . . | 10 828,90           |
| 11. Verwaltungsgeldbesitz . . . . .  | 55 900,—            |   |                     |
| 12. Sonstige Liegenschaften . . . . .                                      | 1 551,95            |   |                     |
| 13. Gerätschaften . . . . .  | 1,—                 |   |                     |
| <b>Aufwertung:</b>   |                     |   |                     |
| 14. Aufwertungsforderung . . . . .   | 425 212,95          |   |                     |
| 15. Aufwertungsabrechnung (Fehlbetrag) . . . . .                           | 133 364,11          |   |                     |
|  | <b>2 978 440,32</b> |   | <b>2 973 440,32</b> |

### Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
 5% aus 2 089 814,75 M Spar-, Giro- u. Kontokorrenteinlagen = 104 490,80 M  
 Das Reinvermögen beträgt:  
 Rücklagen früherer Jahre . . . . . 81 887,43 M  
 Reingewinn 1929 . . . . . 31 390,83 „  
 Mitteln Überschuß . . . . . 8 787,46 M  
 welche dem Sonderrücklagekonto (Aufwertung) zugewiesen werden.  
 Schopfheim, den 7. Mai 1930. O. 487

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:  
Seeg.

Der Geschäftsleiter:  
Sehringer.

Q. 489. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Schwanitz und Gerber in Karlsruhe, Kaiserstraße 207, wurde heute vorm. 11 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Rechtsanwalt Dr. Otto Füglerhaller, hier, Kaiserstr. 215, bestellt. Der Schuldnerin wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Freitag, den 30. Mai 1930, vorm. 10 Uhr, vor das Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, I. Stock, Zimmer Nr. 43. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens und seine Anlagen, sowie das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7, Zimmer 45, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, 10. Mai 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7.

Anzeigen in der  
**Karlsruher Zeitung**  
 (Bad. Staatsanzeiger)  
 haben großen  
**Erfolg!**